

Rede von Andrea Ypsilanti

auf dem Landesparteitag am 28. Februar 2009 in Darmstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,

am Abend des 18. Januar, dem Tag der außerordentlichen Landtagswahl nach einem Jahr, dass uns alle durchgerüttelt hat, bin ich vom Landesvorsitz zurückgetreten. Ich habe damit – wie auf dem letzten Parteitag im Dezember angekündigt – persönlich die politische Verantwortung für das übernommen, was in und mit der hessischen SPD seit dem 29. September 2007 passiert ist, im Guten wie im Schlechten.

An diesem 29. September, also vor fast genau 17 Monaten, hatten wir den Wiesbadener Landesparteitag. Dieser stimmte einstimmig unserem bundesweit beachteten Landtagswahlprogramm unter dem Motto „Die Zeit ist reif“ zu, stellte die Landesliste für die Landtagswahl auf und wählte mich mit 98 Prozent der Stimmen erneut zur Landesvorsitzenden.

Es war ein Parteitag des Aufwinds zu einem Höhenflug aus neugewonnener eigener Kraft, der uns am 27. Januar 2008 zum größten Wählerzuwachs getragen hat, den die SPD seit vielen Jahren bundesweit erringen konnte. Einen Zuwachs trotz der neu entstandenen direkten Konkurrenz durch die Linkspartei, was andernorts bisher regelmäßig zu weiteren Stimmenverlusten der SPD geführt hat. Unser Projekt der „Sozialen Moderne“, das viele Menschen wieder für die SPD motivieren konnte, strahlte spürbar Zukunftsoptimismus aus.

Doch dem folgte ein Jahr später ein Einbruch bis hin zu der notwendig gewordenen Neuwahl des Landtags – nach unserem unter massivem Sperrfeuer gewagten und gescheiterten Versuch, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu bilden. Viele Medien, die nach dem 3. November über uns herfielen, haben uns vor diesem Tag bescheinigt, dass wir diesen Regierungswechsel monatelang in innerparteilich vorbildlicher demokratischer Weise vorbereitet hatten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir haben im letzten Jahr ein bisher nie erlebtes politisches und emotionales Wechselbad erfahren und durchlitten. Es bedarf heute keines üblichen Rechenschaftsberichts mehr, zu dem ich als bereits zurückgetretene Landesvorsitzende auch nicht mehr das formale Mandat hätte. Aber ich bin dem Landesvorstand dankbar, dass er mir trotzdem heute die Gelegenheit zu einer Rede gibt – als derjenigen von uns, die politisch und persönlich mehr als alle anderen im Brennpunkt dieser - für uns alle - einmaligen politischen Zerreißprobe gestanden hat.

Ein Rechenschaftsbericht wäre im Übrigen auch gar nicht mehr nötig, denn ich hätte meiner Rede auf dem Landesparteitag in Fulda am 1. November kaum mehr hinzuzufügen. Unser Kurs zur Regierungsübernahme wurde dort mit einem überwältigend hohen Votum von 96 Prozent der Stimmen unterstützt. Dies dokumentierte, dass der unter prekären Bedingungen angestrebte Regierungswechsel eine gemeinschaftliche Anstrengung der hessischen SPD war. Wir wollten aus der demokratisch gewählten Mehrheit im Landtag eine Regierungsmehrheit bilden, um die CDU-Regierung Koch endlich abzulösen und

Hessen wieder sozialdemokratisch zu gestalten. Wir waren uns dabei des damit verbundenen Risikos bewusst.

Mir war dabei stets bewusst, dass der greifbar nahe Erfolg viele Eltern haben würde, ein Misserfolg, der nie ausgeschlossen werden konnte letztlich nur eine Mutter.

Nicht bewusst war mir allerdings, in welcher - meine persönliche Integrität verletzenden - Weise dies erfolgen würde. Andere haben dafür Worte gefunden:

Heide Simonis, vor wenigen Jahren selbst einiges durchlitten hat, sprach von einer „Hinrichtung“. Der Theaterintendant **Ivan Nagel**, einer der kulturellen Mentoren unseres Landes, sprach von „Raserei“, und der Politikwissenschaftler **Martin Hecht** „von einem medialen Kesseltreiben“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich will hier nicht noch einmal wiederholen, warum wir welche Schritte getan oder unterlassen haben, und welche **vermeidbaren** oder **vermeintlichen** Fehler dabei gemacht wurden – unabhängig von der Frage, ob diese letztlich ausschlaggebend waren oder nicht. Eine objektive Analyse ist – wie bei jedem Konflikt, in dem sich die Geister scheiden – ohnehin kaum möglich.

Es wird sicher noch tiefer gehende Analysen der dramatischen Abläufe geben, in denen wir zentraler Akteur und Angriffsobjekt zugleich waren. Manches wird dann vielleicht in einem anderen Licht erscheinen als heute und erhellen, was noch im Dunkeln liegt. Überlassen wir das den Politikwissenschaftlern und Zeithistorikern, die bereits daran arbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Dieser Parteitag muss nach vorne schauen. Ich erspare mit deshalb, auf vielerlei verzerrte Darstellungen und Deutungen zu erwidern. Ich will uns aber einige Gedanken mit auf den weiteren Weg geben:

Die hessische SPD darf sich nicht die Interpretationen derjenigen zu eigen machen, die alles in ihrer Macht stehende getan haben, unsere Politik zu denunzieren und zu Fall zu bringen. **Peter Unfried** von der „taz“-Chefredaktion hat dazu kommentiert: „Noch heute gibt es Menschen, die allen Ernstes glauben, es sei in Hessen um einen Wortbruch gegangen.“

Was wir erlebt haben, war und ist ein Konflikt über ein politisches Programm, das wahlpolitisch erfolgreich war. Es wurde sogar als unerhört empfunden, dass wir das auch tatsächlich ernst gemeint haben, es tatsächlich umsetzen wollten. Und diese praktische Umsetzung musste unbedingt verhindert werden. Anders ist nicht zu erklären, warum uns größtenteils dieselben Stimmen, die uns Wortbruch vorwerfen, uns heftig dafür kritisierten, dass wir für die Realisierung unseres politischen Programms Wort halten wollten.

Wenn wir uns die Deutungen unserer politischen Gegner zu Eigen machen würden, wären wir nicht nur in der Gefahr geistiger Fremdbestimmung. Es würde auch eine tiefe Wunde in der SPD bleiben, die nur noch sehr schwer zu heilen wäre.

Deshalb will ich hier zwei grundlegende Fragen ansprechen, die unsere weitere Entwicklung berühren. Die **eine** ist: Was lehren die zurückliegenden Ereignisse – nicht nur uns, sondern auch anderen, etwa in der Bundespartei oder in manchen

Redaktionen von Medienorganen. Die **andere** ist: Was wird aus dem politischen Projekt der „Sozialen Moderne“, mit dem wir – wie sich täglich mehr und mehr zeigt – die Eckpunkte formuliert haben, die für eine ökonomische, ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit elementar sind? Beide Fragen sind nicht allein für die hessische SPD wichtig, sondern für die SPD insgesamt.

Diese Lernerfahrungen, die ich zu bedenken bitte, drehen sich um das Verständnis, von „Verantwortung“ und von „Gewissen“ bei politischen Entscheidungen.

Ich habe mich zu meiner Gesamtverantwortung für den gescheiterten Versuch einer Regierungsbildung und dessen Folgen bekannt –als Landesvorsitzende, Fraktionsvorsitzende und Ministerpräsidenten-Kandidatin. Aber das kann nicht bedeuten, dass man damit auch für all das verantwortlich ist, was gezielt gegen unser Projekt und gegen meine Person unternommen wurde. Man kann nur für eigene Taten verantwortlich sein, und nicht auch noch für die Taten und Machenschaften von Gegnern, Zynikern und Obstrukteuren!

Mit anderen Worten: Die Verantwortung dafür, dass drei SPD-Abgeordnete entgegen allen ihren gegebenen Zusicherungen und Erklärungen ihre Partei in ein Debakel stießen, müssen diese schon selber tragen. Man muss nicht hinnehmen, wenn sich Täter zu Opfern stilisieren oder gar zu Helden verklärt werden. Welche tatsächlichen oder vermeintlichen Fehler uns auch immer unterlaufen sind: diese rechtfertigen keineswegs jede beliebige, alle Verhältnismäßigkeiten sprengende Aktion, ob innerhalb der Partei oder in den Medien!

Glaubte derjenige namhafte SPD-Führer mit seiner sprachlichen Grenzüberschreitung, dass es mit mir nur die Wahl zwischen „Pest und Cholera“

gebe, dies könnte der Solidarität in der SPD und ihrer Stärkung wirklich nutzen?
Glaubt die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ wirklich, es sei mit ihrem Anspruch auf Seriosität noch zu vereinbaren, wenn sie sich noch am Wahltag des 18. Januar zu einem Kommentar mit der Überschrift „Zur Rache, Schätzchen“ versteigt? Oder glauben die Herausgeber der FAZ, Welt, Bild und Focus wirklich, dass ihre doppelten Maßstäbe ihren Lesern verborgen bleiben, wenn sie einerseits Kochs unbedingtes Kleben an der Macht als Ausdruck besonderer Befähigung und Führungsstärke werten, andererseits meinen Versuch der Regierungsübernahme als machtbesessen? Oder indem sie für sich in Anspruch nehmen: Welcher und wessen Wortbruch als verwerflich gilt, bestimmen sie! ?

Glaubt der „Spiegel“ wirklich, es würde seinen Leserinnen und Lesern nicht auffallen, wenn er einerseits das hochambitionierte -Programm Barack Obamas für erneuerbare Energien als leuchtendes Beispiel einer neuen Wirtschaftspolitik würdigt – aber ein auf dieser Wellenlänge liegendes Programm, das Hermann Scheer für uns vertreten hat, als wirtschaftsfeindliches Hirngespinnst hinstellt?

Ich denke, viele haben Anlass, über ihre eigene Verantwortung in den jeweiligen öffentlichen Rollen nachzudenken. Bei **politischen** Verantwortungsmaßstäben geht es stets um die gesellschaftlichen Folgen des jeweiligen Tuns. Für die politische Kultur in einer Demokratie sind alle verantwortlich, nicht nur Parteien.

Das gilt vor allem für politische Entscheidungen, die sich auf das **Gewissen** berufen. Es ist schwer darüber zu richten, wenn sich bei einem Menschen das Gewissen meldet. Gewissensentscheidungen sind immer ganz persönlich und ganz individuell. Das heißt aber auch: eine organisierte Gewissensentscheidung ist stets fragwürdig.

Dazu gehört auch die Frage, ob deren Folgen für andere verantwortbar sind - etwa für die eigene Partei, deren stellvertretender Landesvorsitzender und Landtagsabgeordneter man war.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wenn man kritische Fragen für tabu erklärt, sobald sich jemand auf sein Gewissen beruft, ist die politische Handlungsfähigkeit einer politischen Partei generell bedroht. Der Artikel 21 unseres Grundgesetzes weist den Parteien eine tragende Rolle in der politischen Willensbildung zu. Wenn demokratische Mehrheiten in einer Partei zugunsten jeder beliebigen Gewissensentscheidung abgewertet werden, führt das die Parteiendemokratie in einen Auflösungsprozess. Und dann muss zwangsläufig die Frage beantwortet werden: was wäre der Ersatz dafür, wenn die einzelne Person mehr gelten soll als ein noch so eindeutiger Mehrheitsbeschluss einer Partei?

Das sollten alle bedenken, nicht zuletzt in unserer eigenen Partei, die die Gewissensberufung von SPD-Abgeordneten verständnisvoll verteidigt haben, weil es ihnen im innerparteilichen Flügelkampf zupass kam. Wenn Flügel derart gegeneinander schlagen, wird daraus allenfalls ein flatterndes Hühnchen aber kein Adler. Ohne entscheidungsfähige Partei lässt sich nichts demokratisch durchsetzen.

Deshalb betone ich aus prinzipiellen Gründen: Diejenigen, die sich am 3. November auf ihr Gewissen berufen haben, hatten auch die Möglichkeit, ihr Landtagsmandat vor der Ministerpräsidentenwahl in andere Hände zu geben. Dann hätten sie glaubwürdig zu ihrem erklärten Gewissen **und** zugleich zu ihrer Verantwortung für ihre Partei stehen können, der sie immerhin monatelang versichert haben, den eingeschlagenen Kurs unter den gemeinsam erarbeiteten Bedingungen mitzugehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe diese Fragen noch einmal aufgegriffen, weil wir als politische Partei nur handlungsfähig sein können, wenn Gewissensentscheidungen nicht einseitig, beliebig und willkürlich getroffen werden. Und ebenso sind moralische Maßstäbe, an denen wir uns messen lassen müssen, nur glaubwürdig, wenn es sich dabei nicht um eine doppelte Moral handelt.

Ich habe mich in den letzten Monaten wiederholt zu Fehlern bekannt. Das bedeutet aber nicht, dass gemachte oder unterstellte Fehler zum Freifahrtschein für unverantwortliches Handeln gegenüber der eigenen Partei benutzt werden oder hemmungslose Attacken erlauben.

Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und nicht aus irgendwelchen machtgierigen Motiven. Ich trage schwer an diesen Ereignissen und habe deshalb meinen Teil der Konsequenzen gezogen. Ich muss leben mit dieser Verantwortung und damit, unter öffentlicher und innerparteilicher Anklage zu stehen. Aber ich muss mir nicht alles gefallen und unwidersprochen lassen, was mir unterstellt wird.

Mit meinem Rückzug aus Führungsfunktionen im hessischen Landesverband – wozu auch gehört, dass ich nicht mehr für den Landesvorstand kandidiere – stelle ich mich jedenfalls mehr der Verantwortung als es heutzutage üblich geworden ist. Roland Koch hat bisher keinerlei Konsequenz aus einem langen Register politischen wie moralischen Fehlverhaltens gezogen. Er gilt sogar immer noch als Wirtschaftsfachmann, obwohl er der neoliberalen Ideologie huldigt, die uns in diese tiefe wirtschaftliche und in der Folge sozialen Krise gestürzt hat. Oder denken wir an

Bankenvorstände, die die einschneidende Finanzkrise verursacht und ausgelöst haben – und immer noch auf ihrem Sessel kleben, Boni für sich beanspruchen und sich nun als Krisenretter aufspielen und sogar als Berater am Tisch der Kanzlerin sitzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Was mich aber vor allem bewegt, ist die Zukunft unserer politischen gesellschaftlichen Idee, auf die viele Menschen gesetzt haben. Die Gesellschaft braucht neue sozialdemokratische Antworten. Sie ruft danach. Im Kontrast dazu steht der bundesweit seit einigen Jahren anhaltende mangelnde Rückhalt der SPD in der Wählerschaft. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Idee der **Sozialen Moderne** zukunftsweisend dafür ist, wie die SPD den neuen Rückhalt gewinnen kann.

Wir haben das belegen können, und das sollten wir uns von niemandem ausreden lassen . Wir haben eine Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch eine Klima- und Ressourcenkrise, die noch tiefer geht. Die sozialdemokratische Aufgabe ist, die wirtschaftlichen Schwerpunkte so zu setzen, dass wir damit die Klima- und die Ressourcenkrise überwinden können, und das mit sozialer Verteilungsgerechtigkeit. Hierin liegt auch die Zukunftschance der Automobilindustrie, von Opel und VW.

Dafür will und werde ich weiter wirken als SPD-Landtagsabgeordnete und als Präsidiumsmitglied der SPD. Ich stehe für meine Überzeugungen, und ich lasse mich nicht entmutigen.

Vor einigen Tagen gab es einen Artikel in der Frankfurter Rundschau, was in 100 Tagen Rot-Grün in Hessen - vom Sozialbudget bis zu Erneuerbaren Energien - alles auf den Weg gebracht hätte werden können. Ich war gerne eure Vorsitzende und ich hätte das alles gerne mit euch auf den Weg gebracht. Und ich bin stolz darauf, wie diese Partei in ihrer überwältigenden Mehrheit zusammengehalten und wie wir gemeinsam gekämpft haben. Dafür danke ich euch. Gerne würde ich heute vielen von euch persönlich danken. Ich will stellvertretend für viele dem heute ausscheidenden Generalsekretär und meinem Freund Norbert Schmidt danken, der, wie viele von euch auch, in den letzten Jahren oft weit über die eigenen Energiegrenzen für die Partei und für die Menschen in Hessen geschuftet hat.

Ich bin Thorsten Schäfer-Gümbel dankbar, dass er in einer extrem schwierigen Situation mutig die Verantwortung übernommen hat. Und ich bitte Euch herzlich, ihn und sein Führungsteam zu unterstützen.

Ich muss dir keine Ratschläge geben, aber ich will dir eine kleine Zeile aus einem Gedicht von Peter Rühmkorf mit auf den Weg geben, die ein guter Begleiter ist: sie lautet: „bleib erschütterbar und widersteh“. Mit anderen Worten: Lieber Thorsten, bleib sensibel für die uns gestellte Herausforderung und stelle Dich dieser mit der Dir eigenen Tatkraft.

Was eine Partei wie die SPD beflügelt, ist die mit Mut und Zuversicht glaubwürdig verfolgte praktische Idee einer sozialdemokratisch gestalteten Gesellschaft – im ursprünglichen Sinn des Wortes „sozialdemokratisch“. Sozialdemokratisch zu sein ist eine Lebensüberzeugung. Es ist unser dauernder Auftrag, für uns alle, und für jeden einzelnen von uns. So verstehe ich mich, und so bleibe ich – eine von Euch.